
Vorsitz: Polen**SONDERSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES
(1366. Plenarsitzung)**

1. Datum: Dienstag, 5. April 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 9.30 Uhr

Schluss: 11.20 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Hałaciński

Vorsitz, Russische Föderation (Anhang 1)

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: **DIE FORTGESETZTE AGGRESSION DER
RUSSISCHEN FÖDERATION GEGEN DIE
UKRAINE: IN DER BEFREITEN REGION KYJIW
ENTDECKTE GRÄUEL TATEN**

Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, Monaco, San Marino und der Ukraine) (Anhang 2), Ukraine (Anhang 3), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 4), Vereinigtes Königreich (Anhang 5), Türkei (Anhang 6), Norwegen (Anhang 7), Schweiz (PC.DEL/497/22 OSCE+), Albanien (Anhang 8), Georgien (PC.DEL/509/22 OSCE+), Frankreich (Anhang 9), Island (Anhang 10), Kanada (Anhang 11), Italien (Anhang 12), Rumänien (Anhang 13), Moldau (Anhang 14), Deutschland (Anhang 15), Lettland, Japan (Kooperationspartner) (Anhang 16), Parlamentarische Versammlung der OSZE (PA.GAL/17/22 OSCE+), Vorsitz

Der Ständige Rat hielt eine Schweigeminute, um der in Butscha (Ukraine) getöteten Zivilistinnen und Zivilisten zu gedenken.

Punkt 2 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

Abscheuliche, vom Kyjiwer Regime in Butscha inszenierte Provokationen und inakzeptable diesbezügliche Aktionen des polnischen amtierenden Vorsitzes: Russische Föderation (Anhang 17)

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

keine

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 7. April 2022, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat**

PC.JOUR/1366
5 April 2022
Annex 1

GERMAN
Original: RUSSIAN

1366. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1366, Punkt 2

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Herr Vorsitzender,

die Russische Föderation erachtet den vom polnischen Vorsitz angekündigten ersten Punkt der Tagesordnung der Sondersitzung des Ständigen Rates sowie die Einberufung der Sitzung selbst als eklatante und inakzeptable Provokation unter grober Verletzung der Geschäftsordnung der OSZE und der Grundprinzipien der Arbeit des Amtierenden Vorsitzes, wie sie beim Ministerrat in Porto 2002 verabschiedet wurden (Absatz 2 Buchstabe b).

Herr Vorsitzender, Sie verweigern hartnäckig die Schaffung eines diskriminierungsfreien Raums für Erörterungen in unserem Beschlussfassungsorgan, wodurch sie bewusst eine konfrontative Stimmung erzeugen und nicht die gesamte Bandbreite der Meinungen der Teilnehmerstaaten berücksichtigen. Wir haben uns immer nachdrücklich gegen diese Vorgehensweise ausgesprochen.

Wir fordern den polnischen Vorsitz erneut in aller Entschiedenheit auf, sich in seiner Arbeit an die von allen Teilnehmerstaaten vereinbarten Verfahren zu halten und damit aufzuhören, den Ständigen Rat zu einer Bühne für politische Abrechnungen zu machen.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sondersitzung des Ständigen Rates als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

1366. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1366, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER VERTRETERIN DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Frankreichs übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Die Europäische Union verurteilt auf das Allerschärfste die Gräueltaten, die Berichten zufolge von den russischen Streitkräften in einigen zuvor besetzten und nun von den ukrainischen Streitkräften befreiten ukrainischen Orten wie Butscha, Irpin, Hostomel, Iwankiw und anderen verübt wurden. Erschütternde Bilder von zahlreichen Toten und Verletzten unter der Zivilbevölkerung zeigen das wahre Gesicht des brutalen Angriffskriegs, den der Kreml gegen die Ukraine und das ukrainische Volk führt. Wir sind zutiefst erschüttert und entsetzt über die Berichte über Massengräber mit Hunderten Toten und über die Leichen von Zivilpersonen, die auf der Straße gefunden werden, darunter Frauen, Kinder und ältere Menschen, einige von ihnen mit auf dem Rücken zusammengebundenen Händen. Es wird auch berichtet, dass die russischen Streitkräfte in Häusern und Anlagen Minen gelegt haben, und es gibt dokumentierte Fälle von wiederholten Vergewaltigungen, willkürlichen Hinrichtungen sowie weitere Vorfälle von Gewaltanwendung und Drohungen gegen unschuldige Zivilpersonen, einschließlich der großflächigen Zerstörung ziviler Infrastruktur und der Plünderung zivilen Eigentums durch russische Soldaten. Die Massaker in Butscha und anderen ukrainischen Städten werden sich in die Geschichte der auf europäischem Boden begangenen Gräueltaten einreihen.

Verantwortlich für diese Gräueltaten sind die russischen Behörden, da sie in der Zeit, in der diese die tatsächliche Kontrolle über das Gebiet hatten, begangen wurden. Für sie gilt das internationale Besatzungsrecht.

Diejenigen, die Kriegsverbrechen und andere schwere Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen begehen, sowie die verantwortlichen Regierungsvertreterinnen und -vertreter und militärischen Befehlshaber werden sich dafür zu verantworten haben. Die Europäische Union unterstützt alle Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Verantwortlichen für diese Verstöße der russischen Streitkräfte in der Ukraine zur Rechenschaft gezogen werden.

Inbesondere unterstützen wir uneingeschränkt die Ermittlungen durch den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen

gegen die Menschlichkeit und die Arbeit der Untersuchungskommission des Hohen Kommissariats der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR). Die Europäische Union unterstützt die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft und die Zivilgesellschaft bei der Sammlung und Sicherung von Beweisen für Kriegsverbrechen.

Wir bekräftigen auch unsere uneingeschränkte Unterstützung für den bevorstehenden Bericht der Expertenmission im Rahmen des Moskauer Mechanismus der OSZE, der den Sachverhalt zu den Verletzungen der internationalen Menschenrechtsnormen und des humanitären Völkerrechts vor dem Hintergrund des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine feststellen soll, und sehen diesem erwartungsvoll entgegen. Wir begrüßen ferner die Initiative zur Beobachtung der Menschenrechtslage in der Ukraine, über die das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte die schlimmsten Verletzungen der Menschenrechte und der Normen des humanitären Völkerrechts vom ersten Tag des rechtswidrigen Angriffskriegs Russlands an dokumentiert. Die gesammelten Informationen über die von den russischen Streitkräften möglicherweise verübten Straftaten werden Rechenschaftsmechanismen vorgelegt, die zuständig sind oder in Zukunft zuständig sein könnten.

Wir stehen in diesen für die ganze Welt dunklen Stunden in voller Solidarität an der Seite der Ukraine und des ukrainischen Volks. Wir fordern Russland erneut auf, die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und Hoheitsgewässer uneingeschränkt zu achten. Die Europäische Union wird die Ukraine weiterhin nach Kräften unterstützen und die Arbeit an weiteren Sanktionen gegen Russland mit Nachdruck vorantreiben.

Präsident Putin muss diesen Krieg unverzüglich und bedingungslos beenden.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Die Bewerberländer Republik Nordmazedonien¹, Montenegro¹ und Albanien¹, das Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenzielle Bewerberland Bosnien und Herzegowina und die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island und Liechtenstein sowie die Republik Moldau, Georgien, Andorra und San Marino schließen sich dieser Erklärung an.

1 Die Republik Nordmazedonien, Montenegro und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

1366. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1366, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER UKRAINE**

Herr Vorsitzender,

die Befreiung der Region Kyjiw von der russischen Mörder- und Räuberbande – ich kann sie nicht als Armee bezeichnen – hat das Ausmaß der von Russland an der ukrainischen Bevölkerung begangenen Gräueltaten offenbart.

Die Beweislage in Bezug auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist niederschmetternd und macht uns sprachlos.

Das Massaker in der Region Kyjiw zeigt, dass die „Ruschisten“ in ihrer Grausamkeit keine Grenzen kennen: sie überschreiten sämtliche moralischen Grenzen und achten keine Werte.

Schon die ersten Feststellungen sind schockierend und herzerreißend.

Leichen lagen auf den Straßen.

Dutzende von ihnen wurden mit auf dem Rücken zusammengebundenen Händen gefunden; sie waren durch einen Schuss in den Hinterkopf getötet worden.

Human Rights Watch beschreibt einen dieser Fälle folgendermaßen:

„Am 4. März zwangen die russischen Streitkräfte in Butscha [...] fünf Männer, am Straßenrand niederzuknien, zogen ihnen ihre T-Shirts über den Kopf und schossen einem der Männer in den Hinterkopf.“

Dies ist vorsätzliches und willkürliches Hinrichten von Zivilpersonen.

Über einen weiteren Fall berichtet *Human Rights Watch* wie folgt: „Am 6. März warfen russische Soldaten im Dorf Worsel, ungefähr 50 Kilometer nordwestlich von Kyjiw, eine Rauchgranate in einen Keller und erschossen dann eine herauskommende Frau und ein 14-jähriges Kind, die dort Schutz gesucht hatten.“

Diese Berichte sind grauenhaft.

Im Keller eines Gebäudes auf dem Areal eines Kindersommerlagers in Butscha wurde eine Folterkammer eingerichtet.

Ukrainische Frauen und Mädchen wurden stundenlang vergewaltigt, gefoltert und dann umgebracht.

Es gab Versuche, die Leichen einiger vergewaltigten Frauen am Straßenrand zu verbrennen.

Körper, die keine Lebenszeichen mehr von sich gaben, wurden von Panzern überrollt.

Eine ganze Familie, darunter mehrere Kinder, wurde bei lebendigem Leib verbrannt.

An die dreihundert Menschen wurden in Massengräbern in Butscha gefunden.

Die sterblichen Überreste von über 400 Zivilistinnen und Zivilisten, die von „ruschistischen“ Mördern getötet worden waren, wurden bereits aus der Region Kyjiw weggebracht.

Dass es „Exekutionslisten“ gibt, vor denen die Ukraine bereits vor dem Krieg gewarnt worden war, scheint tatsächlich der Fall zu sein.

In den nächsten Tagen wird mehr über dieses Massaker und die begangenen Verbrechen ans Tageslicht kommen.

Den Aussagen der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft zufolge hat sich die Lage in Borodjanka bereits als noch schlimmer als in Butscha herausgestellt.

Es werden allerdings in der nächsten Zukunft weitere schreckliche Bilder und Berichte aus anderen befreiten Gebieten, insbesondere aus Mariupol, erwartet.

Ich kann letztlich nur die Worte wiederholen, die Präsident Selenskyj an russische Mütter gerichtet hat:

„Selbst wenn Sie Räuber großgezogen haben, wie kann es sein, dass diese auch zu Schlächtern geworden sind? Es ist unmöglich, dass Sie nicht gewusst haben, was in Ihren eigenen Kindern vorgeht. Sie können unmöglich übersehen haben, dass sie nichts Menschliches mehr haben. Keine Seele. Kein Herz. Sie haben vorsätzlich und mit Vergnügen getötet.“

Aber genau das ist es, was „Ruschismus“ bedeutet, und wir müssen uns fragen, wie wir die russische Gesellschaft von dieser Krankheit heilen können.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

jeder Krieg beginnt mit Entmenschlichung.

Genau das haben die russische Führung und ihre Propaganda jahrelang systematisch betrieben.

Sie haben in der russischen Gesellschaft Hass gegen die Ukrainerinnen und Ukrainer geschürt.

Die Personen, die hier hinter dem Namensschild mit der Aufschrift „Russische Föderation“ sitzen, sind Teil eines Netzwerks aus Lügen, Propaganda und Hass geworden.

Worte können tödlich sein – buchstäblich. Seit 2014 sehen wir das mit eigenen Augen. Auf der Krim, im Donbass und nun überall in der Ukraine.

Etwas anderes ist es wiederum, wenn Erklärungen von Diplomatinen und Diplomaten nur noch zur Schönfärberei von Verbrechen abgegeben werden.

Ich weiß, es ist sinnlos, an diese russischen Diplomatinen und Diplomaten zu appellieren, nicht den ganzen Unsinn und die Informationen, die sie für die heutige Sitzung von Moskau erhalten haben, zu wiederholen.

Es ist ihre Entscheidung, wenn sie dies tun wollen. Und sie werden dafür geradestehen müssen: vor künftigen Generationen, vor künftigen Gerichten und vor Gott.

Zumindest sollten sie „professionell“ genug sein – ein Wort, das der russische Vertreter in jeder einzelnen Sitzung wiederholt –, um zu erkennen, inwiefern ihre Version nicht mit der Realität übereinstimmt.

Ihr Verteidigungsministerium kann nicht behaupten, die sogenannten russischen „Soldaten“ hätten am 30. März die Region Kyjiw verlassen, wo doch Ihr Fernsehkanal „Swesda“ am 1. April berichtete, russische Marineeinheiten führten gerade unter dem Kommando von Alexej Schabulin eine Militäroperation im Sektor Butscha-Hostomel-Osera durch.

Nach den 40 Tagen, die der russische Angriffskrieg nun schon dauert, kann das Ausmaß der Gräueltaten nicht mehr als bloße Provokation abgetan werden.

Auch können Sie nicht einfach behaupten, diese Gräueltaten seien eine Inszenierung, zumal die Ukraine alle bestehenden unabhängigen Mechanismen und alle möglichen Untersuchungsmissionen gebeten hat, jeden einzelnen Mord zu dokumentieren.

Im Übrigen können die russischen Diplomatinen und Diplomaten nicht mehr auf die Vorstellung bauen, dass ein Sieg irgendwie alles rechtfertigen wird.

Es würde mich aber nicht überraschen – nicht mehr –, wenn im Namen Russlands irgendeine widerwärtige Erklärung in diesem Sinne abgegeben würde.

Genau an dem Tag, als Fotos von den Verbrechen in Butscha an die Öffentlichkeit kamen, veröffentlichte die staatliche russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti einen Artikel mit der Überschrift „Was Russland mit der Ukraine tun sollte“.

In Anbetracht der Reichweite der Zensur in Russland, wurde das grüne Licht für diesen Artikel eindeutig nicht versehentlich gegeben.

Der Artikel ist ein Manifest und gleichzeitig eine Apologie der Politik Russlands gegenüber der ukrainischen Bevölkerung.

Er veranschaulicht auch, wie Russland zu einem Nazi-Staat wurde, der eine Bedrohung für die Sicherheit Europas und der ganzen Welt darstellt.

Er enthält eine detaillierte Darlegung von Putins Plan, wie er ihn selbst bei zahlreichen Gelegenheiten, einschließlich in seiner Rede am 24. Februar, angekündigt hat.

So heißt es auch darin, dass „die Bandera-Elite liquidiert werden [muss], da es unmöglich ist, sie umzuerziehen. Der gesellschaftliche ‚Sumpf‘, der sie aktiv und passiv unterstützte, muss die Härten des Krieges durchmachen und diese Erfahrung als historische Lektion und Sühne für seine Schuld hinnehmen.“

Ist das nicht eine Form der Ermutigung zur weiteren Ausrottung der ukrainischen Bevölkerung?

Sie versuchen nicht einmal, ihre Absichten zu verbergen. Man sollte sich daher keine Illusionen über ihre zukünftigen Pläne für die ukrainische Bevölkerung und unseren Staat machen. „Ent-Europäisierung“ und „Ent-Ukrainisierung“. Sie möchten sogar den Namen unseres Landes auslöschen.

Aber was auch immer die Absicht hinter dieser Publikation sein mag, dieses Manifest des „Ruschismus“ wird in zukünftigen Gerichtsverfahren, in denen sich die Kriegsverbrecher und Propagandisten zu verantworten haben werden, als Beweismitteln dienen.

Wir sollten nicht zögern, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um diesem Übel Einhalt zu gebieten, denn Straflosigkeit erzeugt nur noch mehr Gewalt.

Indem alle Verantwortlichen vor Gericht gebracht werden, wird dieser Teufelskreis durchbrochen.

Die Ukraine hat bereits eine Liste aller Angehörigen der 64. selbständigen motorisierten Schützenbrigade der 35. Gardarmee, die in Butscha stationiert war, erstellt.

Ich hoffe, dass der mitschreibende russische Kollege diese Information gewissenhaft erfasst hat. Denn Ihr Präsident hat aus diesen Männern Mörder und Vergewaltiger gemacht, und einige von ihnen sind vielleicht schon wieder zurück in Russland. Es ist an der Zeit für Sie, zuzugeben, dass Ihr eigener Präsident einen Fluch über Ihr Land gebracht hat.

Werte Kolleginnen und Kollegen!

„Die Welt hat schon viele Kriegsverbrechen gesehen. Zu verschiedenen Zeiten. Auf verschiedenen Kontinenten. Aber nun heißt es, alles zu tun, damit die Kriegsverbrechen der russischen Streitkräfte die letzte derartige Manifestation des Bösen auf Erden sind.“

So lautet der Appell von Präsident Selenskyj an die Welt.

Er hat daher beschlossen, einen eigenen gerichtlichen Mechanismus in der Ukraine einzurichten, der alle von den Invasoren begangenen Verbrechen untersucht und strafrechtlich verfolgt.

Die Ukraine hat auch den Internationalen Strafgerichtshof und internationale Organisationen dringend darum ersucht, Missionen nach Butscha und andere befreite Städte und Ortschaften in der Region Kyjiw zu entsenden, um in Zusammenarbeit mit den ukrainischen Strafverfolgungsbehörden eine gründliche Beweiserhebung im Hinblick auf russische Kriegsverbrechen durchzuführen.

Wir erwarten, dass die OSZE, und insbesondere ihre entsprechenden autonomen Institutionen, sich diesen Bemühungen anschließen.

Wir sind davon überzeugt, dass die OSZE über die Expertise und die Fähigkeiten verfügt, einen wesentlichen Beitrag zu unseren gemeinsamen Bemühungen zu leisten, damit die Verantwortlichen vor Gericht gebracht werden, Frieden und Rechtsstaatlichkeit in Europa wiederhergestellt werden und damit verhindert wird, dass sich derartige Gräueltaten in Zukunft wiederholen.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.

1366. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1366, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Danke, Herr Vorsitzender.

Angesichts des unfassbar Bösen, das die Welt in den letzten Tagen erlebt hat, möchte ich den großen amerikanischen Schriftsteller John Steinbeck zitieren:

„Ich glaube, dass es eine Geschichte auf der Welt gibt, und nur eine, die uns erschreckt und inspiriert hat ... Die Menschen sind in einem Netz aus Gut und Böse gefangen – in ihrem Leben, in ihren Gedanken, in ihren Begierden und Ambitionen, in ihrer Habsucht und Grausamkeit, aber auch in ihrer Freundlichkeit und Großzügigkeit ... Ich glaube, dass dies die einzige Geschichte ist, die wir haben, und dass sie auf allen Ebenen des Gefühls und des Verstandes stattfindet ... Es gibt keine andere Geschichte. Einem Menschen, der den Staub und die Späne seines Lebens weggewischt hat, bleiben nur noch beinharte, direkte Fragen wie: War es gut oder war es böse?“

War es gut oder war es böse? Eine Frage, die wir den Bewohnern und Bewohnerinnen von Butscha stellen könnten. Über ihr Leben in diesem ruhigen und beschaulichen Vorort.

Eine Frage, die wir auch ihren Henkern stellen können, die mit ihren Begierden und Ambitionen, ihrer Habsucht und Grausamkeit in die Stadt einfielen und dort für immer den Ruch des Bösen hinterlassen haben.

Werte Kolleginnen und Kollegen, Kriegsverbrechen passieren nicht einfach so. Sie werden begangen. Sie werden vorsätzlich begangen. Wie alle hier vertretenen Staaten wohl wissen, gibt es klar definierte Regeln der Kriegsführung, darunter Regeln für den Schutz der Zivilbevölkerung vor Gewalt. Diese Regeln gelten auch für Kriege, die von einem Staat ohne jegliche Provokation oder Rechtfertigung gegen seinen Nachbarn angezettelt werden. Diese Regeln sind nach dem Völkerrecht eindeutig.

Herr Vorsitzender, nach den schockierenden Bildern der Massaker, die bei der Befreiung von Butscha durch die Ukraine am 2. April an die Öffentlichkeit kamen, fordert die Welt Gerechtigkeit. Videoaufnahmen zeigen die Leichen zahlreicher Menschen, darunter Familien und Kinder, die auf den Straßen und in den zerstörten Häusern dieses einst

unbedeutenden Vororts von Kyjiw herumliegen, einige von ihnen mit auf dem Rücken zusammengebundenen Händen. Ein Augenzeuge berichtet, dass am 4. März russische Soldaten fünf Männer zusammentrieben, sie zwangen, sich am Straßenrand niederzuknien, ihnen ihre T-Shirts über den Kopf zogen und sie dann – einer Hinrichtung gleich – mit einem Schuss in den Hinterkopf niederstreckten. Es gibt weitere detaillierte Berichte von Vergewaltigungen und wahllosen Tötungen. Der Bürgermeister von Butscha, Anatolij Fedoruk, schätzt, dass in der Zeit, in der das Gebiet unter der Kontrolle der russischen Streitkräfte war, etwa 300 Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt erschossen und die meisten von ihnen in ein Massengrab am Stadtrand geworfen wurden.

So geschah es nicht nur in Butscha. Berichte über Tötungen von Zivilistinnen und Zivilisten in anderen Gebiete, die zuvor von der Russischen Föderation eingenommen worden waren, stimmen weitgehend mit dem überein, was wir in Butscha sehen. Mit der Befreiung weiterer Gebiete werden wir wahrscheinlich ähnliche Vorfälle extremer Verderbtheit und monströser Brutalität entdecken. Wir erhalten weiterhin glaubwürdige Berichte darüber, wie die russischen Streitkräfte weiter in den von ihnen besetzten ukrainischen Gebieten Zivilpersonen töten und lokale Politiker entführen und umbringen. Glaubwürdige Informationen über Folterungen und Hinrichtungen von Zivilistinnen und Zivilisten mit ihren Familien sowie über Sprengfallen, die von Putins Truppen zurückgelassen werden, um noch mehr Zivilpersonen zu verletzen.

Ich kann mir nicht einmal ansatzweise vorstellen, welche Schrecken diese Zivilistinnen und Zivilisten erleiden mussten und weiterhin erleiden. Stellen Sie sich nur einmal vor, wie es heute in Mariupol aussieht.

Herr Vorsitzender, wir haben alle gesehen, wie Russland tagtäglich Morde an Zivilpersonen verübt. Die russischen Streitkräfte haben ganze ukrainische Städte dem Erdboden gleichgemacht, haben Krankenhäuser, Wohnblocks, Schulen, Waisenhäuser und andere Gebäude, in denen bekanntlich Zivilpersonen Unterschlupf gefunden hatten, beschossen. Sie haben humanitäre Korridore unter Beschuss genommen, und es gibt nun zahlreiche Berichte, dass sie die lokale Bevölkerung zwangsweise aus den von Russland besetzten Gebieten umgesiedelt haben. Jede einzelne dieser Handlungen sollte untersucht und alle Beteiligten sollten zur Rechenschaft gezogen werden. Kriegsverbrechen können nicht ungestraft begangen werden.

Die Kaltblütigkeit, mit der die russischen Behörden die Nachrichten aus Butscha aufgenommen haben, ist auch erwähnenswert. Als am Samstag Bilder blutüberströmter Leichen von Zivilpersonen mit auf dem Rücken zusammengebundenen Händen auftauchten, twitterte die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Marija Sacharowa gerade darüber, wie unfair es sei, von einer Chanel-Boutique abgewiesen zu werden. Die russischen Behörden behaupteten auch, wie schon mehrmals davor, die Ukraine habe die Szenen in Butscha mithilfe von „Krisenschauspielern“ vorgetäuscht. Schließlich einigten sie sich auf ihr Lieblingsnarrativ – nämlich, dass die Vereinigten Staaten das Filmmaterial über die Gräueltaten in Butscha in Auftrag gegeben hätten, um Russland hereinzulegen. Ich weiß, ich brauche es gar nicht zu sagen, aber diese „Aussage“ ist sowohl beleidigend als auch lächerlich. Sie erinnert an Hanna Arendts Begriff der „Banalität des Bösen“.

Herr Vorsitzender, die Vereinigten Staaten haben schon lange davor gewarnt, dass Putins Truppen im Rahmen dieses Angriffskriegs wahrscheinlich Gräueltaten begehen

würden. Wir haben katastrophale Bilder der Verwüstung aus Mariupol gesehen, Berichte über Zehntausende Menschen, die von den russischen Streitkräften entführt oder verschleppt wurden, erhalten, sowie schockierende Schilderungen von Vergewaltigungen und Angriffen in Städten und Ortschaften, von denen der Kreml zynischerweise behauptet, sie seien von den russischen Streitkräften „befreit“ worden. Die Berichte und Bilder, die wir gesehen haben, einschließlich der jüngsten schrecklichen Aufnahmen aus Butscha, deuten darauf hin, dass es sich hier nicht um die Aktionen einzelner ausgerasteter Soldaten handelt. Sie sind Teil eines allgemeinen, besorgniserregenden Musters berichteter Gräueltaten. Alle Angehörigen der russischen Streitkräfte – von den Soldaten und Soldatinnen vor Ort bis zu den Generälen, die die Befehle erteilen, – müssen für ihre Handlungen zur Rechenschaft gezogen werden.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wie sagte doch Außenminister Blinken: „Wir dürfen nicht abstumpfen. Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen. Dies ist die Realität, die sich Tag für Tag abspielt, solange die Brutalität Russlands gegen die Ukraine anhält. Deshalb muss sie beendet werden.“

Alle, die für Kriegsverbrechen und andere in der Ukraine begangene Gräueltaten in irgendeiner Form verantwortlich sind, auch höherrangige Politikerinnen und Politiker sowie militärische Befehlshaber, müssen zur Verantwortung gezogen werden. Deshalb fordern wir gemeinsam mit anderen Teilnehmerstaaten in diesem Rat eine gründliche Untersuchung der Ereignisse in Butscha, der Ereignisse in Irpin und Hostomel und all dessen, was derzeit in den von Russland kontrollierten Gebieten der Ukraine vor sich geht. Diejenigen, die für derartige Handlungen verantwortlich sind, sollten keinen Zweifel daran haben, dass jede einzelne von ihnen begangene Gräueltat aufgedeckt werden wird und dass die internationale Gemeinschaft sie dafür zur Rechenschaft ziehen wird. Diese Handlungen müssen aufhören, und zwar jetzt.

Herr Vorsitzender, das Böse, das sich in Butscha zugetragen hat, wird eine immerwährende Schande sein. Lassen Sie uns es nie vergessen.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

1366. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1366, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Danke, Herr Vorsitzender. Jede Sondersitzung des Ständigen Rates, zu der wir in letzter Zeit zusammengekommen sind, stand unter dem Zeichen einer weiteren schrecklichen Entwicklung im Krieg, den Präsident Putin gegen die Ukraine zu führen beschlossen hat. Heute jedoch setzen wir uns mit einem neuen und besonders verstörenden Tiefpunkt dieser Entwicklungen auseinander – mit allem Anschein nach kaltblütigen Hinrichtungen in einem schockierenden Ausmaß.

Nachdem die russischen Truppen zum Rückzug gezwungen wurden, entdecken wir immer mehr Beweise für die ungeheuerlichen Taten dieser Invasionstruppen in Städten wie Irpin und Butscha. Im Zuge der Befreiung der Städte wurden Hunderte Leichen entdeckt.

Mit Entsetzen haben wir die hereinkommenden Berichte über getötete und verstümmelte Männer, Frauen und Kinder verfolgt. Über Massengräber. Und Aufnahmen, die Menschen zeigen, wie sie aus nächster Nähe erschossen werden, deren Hände und Füße gefesselt sind und deren Leichen einfach auf der Straße liegen gelassen werden. Welche weiteren Gräueltaten gibt es noch zu entdecken? Dies ist ein einziger großer moralischer Schandfleck für die russische Armee, der niemals vergessen werden wird.

Die Verantwortlichen für diese schrecklichen Taten müssen zur Verantwortung gezogen werden. Die vorsätzlichen Morde an Zivilistinnen und Zivilisten während des rechtswidrigen und ungerechtfertigten Einmarsches Russlands in die Ukraine müssen als Kriegsverbrechen untersucht werden. Wir werden nicht zulassen, dass Russland seine Beteiligung an diesen Gräueltaten durch zynische Desinformation vertuscht, und dafür sorgen, dass die wahren Aktionen Russlands ans Tageslicht kommen. Wir werden solange nicht ruhen, bis die für die Gräueltaten Verantwortlichen, einschließlich der militärischen Befehlshaberinnen und Befehlshaber sowie einzelner Personen in der russischen Regierung, vor Gericht stehen. Das Vereinigte Königreich zählt zu den Ländern, die die Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) zur Lage in der Ukraine besonders unterstützen. Wir haben die bisher umfangreichste Unterbreitung beim IStGH in seiner Geschichte geführt. Der Moskauer Mechanismus der OSZE spielt eine wichtige beitragende Rolle in diesem Prozess und wird weiterhin mit der uneingeschränkten Unterstützung des Vereinigten Königreichs rechnen können. Nichts ist vergessen, und niemand wird vergessen werden.

Herr Vorsitzender, in diesem Saal haben uns die russischen Kolleginnen und Kollegen gesagt, Russland hätte nicht die Absicht, in der Ukraine einzumarschieren – eine Lüge. Sie sagten uns, die Ukraine würde ihre eigenen Schulen und Krankenhäuser bombardieren – eine Lüge. Jetzt sagen sie uns, die Ukraine würde ihre eigene Zivilbevölkerung hinrichten. Schämen sie sich nicht? Keine Flagge ist groß genug, um die Schande, unschuldige Menschen getötet zu haben, zu verdecken.

Herr Vorsitzender, die russische Regierung hat noch immer die Möglichkeit, diesen sinnlosen Krieg zu beenden. Solange aber Russland seine sinnlose Barbarei fortsetzt, ist es von entscheidender Bedeutung, dass die internationale Gemeinschaft der Ukraine weiterhin die humanitäre und militärische Unterstützung, die diese so dringend benötigt, zukommen lässt, und dass wir die Sanktionen verschärfen, um die Finanzierung von Präsident Putins Kriegsmaschinerie an der Quelle zu unterbinden. Die ganze Welt sieht zu, und wir werden niemals vergessen.

Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen. Danke, Herr Vorsitzender.

1366. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1366, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Herr Vorsitzender,

der unprovokierte, ungerechtfertigte, rechtswidrige und illegitime Angriff der Russischen Föderation gegen die Ukraine geht leider weiter.

Infolgedessen verschlechtert sich die humanitäre Lage vor Ort Tag für Tag.

Die Lösung für die anhaltende humanitäre Tragödie ist jedoch eine politische und sie ist dringend notwendig.

Tagtäglich erreichen uns düstere Berichte über militärische Entwicklungen vor Ort, die Menschenleben fordern.

An diesem Wochenende haben wir mit großer Sorge die Medienberichte über Butscha und einige andere Städte verfolgt.

Diese Behauptungen über die Ermordung von Zivilistinnen und Zivilisten müssen gründlich untersucht und geklärt werden.

Wir fordern nachdrücklich und aus voller Überzeugung eine sofortige Ausrufung einer dauerhaften Waffenruhe in der Ukraine.

Unser Land wird den Prozess im Hinblick auf die unverzügliche Herbeiführung eines gerechten und dauerhaften Friedens auch weiterhin auf jegliche Art und Weise unterstützen.

Die bedeutsame Dynamik auf dem jüngsten Treffen in Istanbul sollte unbedingt beibehalten werden.

Wir betonen erneut, dass es wichtig ist, Vernunft walten zu lassen und den Dialog aufrechtzuerhalten.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit auch wiederholen, dass wir diesen Angriff auf die Ukraine verurteilen.

Wir unterstützen mit Nachdruck die Wahrung der Souveränität, der politischen Einheit und der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich ihrer Hoheitsgewässer.

Die humanitäre Hilfe der türkischen Regierung wird unvermindert fortgesetzt.

Wir werden niemals aufhören, die Menschen in der Ukraine zu unterstützen.

Mein Land wünscht sich Frieden, Stabilität und Wohlstand in seiner Region. Wir werden jede Anstrengung, die uns einem friedlichen Ausweg aus dieser Lage näherbringt, aus voller Überzeugung und in jedweder Form unterstützen.

Ich bitte höflich um Aufnahme unserer Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

1366. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1366, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION NORWEGENS**

Herr Vorsitzender,

wir sind entsetzt über die Berichte aus den befreiten Gebieten um Kyjiw und anderen Regionen. Wir sind zutiefst schockiert über die Gräueltaten, die in Butscha und anderen, von den russischen Streitkräften eingenommenen Orten gegen die Zivilbevölkerung begangen wurden. Darüber hinaus haben die russischen Streitkräfte wahllos Wohngebäude, Schulen, Krankenhäuser und andere zivile Infrastruktureinrichtungen zerstört und haben, wie berichtet wurde, verminte Gebiete hinterlassen.

Diese und andere Gräueltaten, über die seit Beginn der russischen Invasion am 24. Februar berichtet wurde, werden untersucht werden und diejenigen, die für Verletzungen des humanitären Völkerrechts verantwortlich sind, müssen vor Gericht gestellt werden. Wir begrüßen die Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Ukraine am 4. März durch den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (HRC) „zur Untersuchung aller mutmaßlichen Verletzungen und Verstöße gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht sowie aller Verbrechen in Verbindung mit der Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine“. Wir begrüßen auch, dass der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) Ermittlungen über die Situation in der Ukraine eingeleitet hat.

Ergänzend zur Arbeit des HRC und des IStGH wird die Expertenmission, die im Rahmen des Moskauer Mechanismus der OSZE in die Ukraine gesandt wurde, in ein paar Tagen ihren Bericht vorlegen. Der Bericht soll Aufschluss über mögliche Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit geben, darunter Verbrechen, die auf vorsätzliche und wahllose Angriffe gegen die Zivilbevölkerung und die zivile Infrastruktur zurückzuführen sind.

Die Welt schaut zu. Es kann keine Straffreiheit für die in der Ukraine verübten Kriegsverbrechen geben.

Der unprovokierte und illegale Krieg Russlands gegen die Ukraine, ein freies und souveränes Land, ist auch ein Angriff auf die demokratischen Werte, auf die Freiheit.

Norwegen fordert Russland erneut auf, das Völkerrecht einzuhalten. Dazu zählt die Befolgung der Anordnung des Internationalen Gerichtshofs, seine militärischen Operationen unverzüglich einzustellen und seine Truppen aus der Ukraine abzuziehen.

Herr Vorsitzender,

ich möchte auch betonen, wie gut es gewesen wäre, wenn die russische Delegation an unseren Erörterungen zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen hätte. Stattdessen haben sie eine aktuelle Frage unterbreitet, bei der es um dieselbe Angelegenheit geht, allerdings unter Verwendung einer Formulierung, die nur als Provokation verstanden werden kann. Ich fordere daher unsere geschätzten russischen Kolleginnen und Kollegen auf, ihren Modus Operandi für zukünftige Sitzungen zu überdenken.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

1366. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1366, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ALBANIENS**

Herr Vorsitzender,

wir danken Ihnen für die Einberufung dieser Sondersitzung des Ständigen Rates. Auch möchten wir uns bei Ihnen persönlich und beim polnischen Vorsitz für die prinzipientreue und entschlossene Art bedanken, in der Sie unsere Organisation in dieser äußerst schwierigen Zeit führen.

Wir sind heute einmal mehr aufgerufen, klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen, wo wir als Teilnehmerstaaten, als menschliche Wesen, einzeln und als Gemeinschaft, stehen.

Wir haben unseren Standpunkt bereits deutlich gemacht. Aber wir werden nicht müde werden, unsere schärfste Verurteilung der unprovokierten und inakzeptablen Aggression Russlands gegen die Ukraine, die eine eklatante und arrogante Verletzung der Charta der Vereinten Nationen, des Völkerrechts und der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen darstellt, zu wiederholen.

Seit nun fast sechs Wochen führt Russland brutale, unterschiedslose und gezielte Angriffe durch, bei denen Zivilistinnen und Zivilisten, darunter viele Kinder, getötet sowie ihr Eigentum und zivile Infrastruktur zerstört und dadurch Flüchtlingswellen ausgelöst wurden.

Herr Vorsitzender,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

wir sind entsetzt angesichts der Beweislage und der Berichte über die Gräueltaten der russischen Streitkräfte, die wir aus der Region Kyjiw und anderen Teilen der Ukraine erhalten. In den Straßen herumliegende Leichen von Zivilistinnen und Zivilisten und die totale Zerstörung von Städten sind schon eine mehr als eindeutige Anklage in Bezug auf die wahre kriminelle Natur der russischen Aggression. Besonders verstörend sind auch die Berichte über Vergewaltigungen und andere im Zuge des Konflikts verübte sexuelle Gewalttaten.

Wir betrauern den Verlust von Menschenleben und all dieses Leid. Wir drücken dem Volk der Ukraine unser tief empfundenes Beileid aus. Es verdient unseren Respekt und unsere Bewunderung für sein Durchhaltevermögen und seine Würde. Und wir unterstützen sein legitimes Recht auf Selbstverteidigung.

Die Gräueltaten, von denen wir bisher erfahren haben, erfüllen uns mit großer Sorge über mögliche weitere Verbrechen in den Gebieten der Ukraine, die noch unter russischer Kontrolle stehen. Willkürliche Inhaftnahmen und die Verfolgung von Zivilistinnen und Zivilisten, von gewählten Amtsträgern und Journalistinnen und Journalisten sind dort nun weitverbreitet, so auch Vorwürfe über im Zuge des Konflikts begangene sexuelle Gewalttaten.

Herr Vorsitzender,

im Westbalkan kennen wir das lange Leid und die langfristigen Folgen von Krieg und Völkermord nur allzu gut und sind mit dem weiten Weg zu Gerechtigkeit und Heilung bestens vertraut. Damals sagten wir: nie wieder. Aber leider ist es heute wieder so weit.

Wir müssen jetzt handeln. Nichts kann jemals die Grausamkeit und die mutmaßlichen Kriegsverbrechen, die wir in der Ukraine erleben, entschuldigen. Es muss alles getan werden, um eine unabhängige Untersuchung durchzuführen, nicht zuletzt hier in der OSZE, die über entsprechende Mechanismen dafür verfügt. Wir bringen erneut unser tiefes Bedauern über die Weigerung Russlands zum Ausdruck, die Verlängerung des Mandats der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine (SMM) zu unterstützen. Hätte die SMM – trotz ihrer vorübergehenden Evakuierung – weiterhin ein Mandat, könnten die nötigen Vorkehrungen getroffen werden, damit sich die Beobachterinnen und Beobachter der SMM an die Schauplätze der Gräueltaten begeben und bei der Ermittlung des Sachverhalts mithelfen.

Als Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und des kürzlich gegründeten Freundeskreises zur Rechenschaftspflicht gegenüber der Ukraine wird Albanien mit anderen Ländern und internationalen Organisationen zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass diese Verbrechen ordnungsgemäß dokumentiert und untersucht werden. Für alle diese Verbrechen sollten und werden die dafür Verantwortlichen persönlich zur Rechenschaft gezogen werden.

Herr Vorsitzender,

der Wahnsinn dieses Kriegs ist schon zu weit gegangen. Wir fordern Russland auf, seine Kriegshandlungen unverzüglich einzustellen und alle seine Streitkräfte bedingungslos aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abzuziehen und auch die dringend notwendige humanitäre Hilfe für die Bedürftigen, insbesondere für ältere Menschen, Frauen und Kinder, zuzulassen.

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen. Danke.

1366. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1366, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION FRANKREICHS**

Herr Vorsitzender,

Frankreich schließt sich der Erklärung der Europäischen Union an, möchte jedoch in nationaler Eigenschaft einige Bemerkungen hinzufügen.

Der Angriffskrieg, den Russland gegen die Ukraine führt, hat in den letzten Tagen ein neues Ausmaß des Grauens erreicht.

Die Bilder von Massengräbern und Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung in den Gebieten im Norden der Ukraine, insbesondere in Butscha und anderen befreiten Städten in der Nähe von Kyjiw, sind unerträglich und werden für immer in unserem Gedächtnis eingebrennt bleiben. Diejenigen, die uns erreichen. Wir bekunden unser tief empfundenes Mitgefühl für die Opfer und unsere uneingeschränkte Solidarität mit dem ukrainischen Volk.

Die Taktik, die Russland einsetzt, um diese Verbrechen zu verschleiern, überrascht bedauerlicherweise niemanden.

Einmal mehr haben die Lügen und Leugnungen der russischen Regierung die entwürdigenden Verbrechen der Ermordung von Zivilistinnen und Zivilisten und die Massaker an Kindern noch verschlimmert.

Während unschuldige Menschen in der Ukraine getötet und die Menschenrechte in Russland mit Füßen getreten werden, besudeln die Behörden in Moskau die Ehre und Würde des russischen Volkes.

Aber die Welt lässt sich nicht an der Nase herumführen. Frankreich verurteilt die massiven Gewalttaten der russischen Streitkräfte auf das Allerschärfste. Diese könnten Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen. Wir werden mit den zuständigen Gerichten und unseren Partnern zusammenarbeiten, um die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen. Die russischen Behörden werden für diese Verbrechen geradestehen müssen, und wir werden dafür sorgen, dass die Verantwortlichen für diese Gräueltaten im Sinne des unerlässlichen Kampfes gegen die Straflosigkeit strafrechtlich verfolgt werden. Die

Wahrheit über die Geschehnisse in Butscha und über das, was seit einigen Wochen auf ukrainischem Hoheitsgebiet passiert, wird bald ans Licht kommen.

Wie der französische Minister für Europa und auswärtige Angelegenheiten, Jean-Yves Le Drian, vor zwei Tagen betonte, wird sich Frankreich weiterhin gemeinsam mit seinen europäischen Partnern uneingeschränkt dafür einsetzen, dass dieser Angriffskrieg, in dem das menschliche Leid und die humanitären Auswirkungen von Tag zu Tag schlimmer werden, beendet wird; Frankreich wird die ukrainischen Behörden weiterhin in jeder Form entschlossen unterstützen.

Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.

1366. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1366, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ISLANDS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Island schließt sich der Erklärung der Europäischen Union an; ich möchte jedoch einige Bemerkungen im Namen meines Landes hinzuzufügen.

Herr Vorsitzender,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Island verurteilt auf das Allerschärfste den Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine sowie die Gräueltaten russischer Soldaten in der Ukraine gegen die dortige Bevölkerung, insbesondere die unsagbaren Tötungen in Butscha und anderen ukrainischen Städten.

Die weitreichenden Folgen dieses brutalen, von Russland geführten Krieges, die sich immer mehr manifestieren, sind eine Tragödie für die Ukraine, aber auch für das russische Volk, den gesamten OSZE-Raum und die ganze Welt. Russland führt einen Krieg gegen die wichtigsten Grundprinzipien der internationalen Gemeinschaft, d.h. gegen den Frieden, die Menschenwürde und die Menschenrechte, die Wahrheit, die Rechtsstaatlichkeit und die Demokratie.

Darüber hinaus werden bei wahllosen Angriffen der russischen Truppen Zivilistinnen und Zivilisten getötet, bei denen unter anderem Sprengwaffen mit großflächiger Wirkung und Streumunition zum Einsatz kommen. Diese wahllosen Angriffe stellen einen Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht dar.

Die humanitäre Krise, die durch die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine verursacht wurde, ist entsetzlich. Mehr als 4,2 Millionen Menschen sind bereits aus dem Land geflohen, die meisten von ihnen Frauen und Kinder. Viele von ihnen sind dadurch den Schrecken des Menschenhandels und der geschlechtsspezifischen und sexuellen Gewalt ausgesetzt, und es gibt zunehmend Berichte über Muster sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, die auf ukrainischem Gebiet von russischen Truppen gegen ukrainische Frauen, darunter Binnenvertriebene, verübt werden.

Sexuelle Gewalt in Konflikten stellt ein Kriegsverbrechen dar und ist eine nicht hinnehmbare Verletzung der Menschenrechte: Sie darf niemals als Kriegswaffe eingesetzt werden.

Wie allgemein bekannt und wie wir gestern auch am Tag der Eröffnung der 22. Konferenz der Allianz gegen Menschenhandel gehört haben, erhöhen gewaltsame Konflikte die Gefährdung durch den Menschenhandel und das Risiko, dem Menschenhandel zum Opfer zu fallen. Wir müssen angemessen auf diese Tatsache reagieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir nehmen mit großer Genugtuung zur Kenntnis, wie einzelne Länder ihre Solidarität unter Beweis stellen und ukrainischen Flüchtlingen Gastfreundschaft gewähren. Wir möchten auch unsere tiefe Dankbarkeit für die Bemühungen des polnischen Vorsitzes in unserer Organisation zum Ausdruck bringen.

Lassen Sie uns etwas klarstellen. Die Einhaltung des Völkerrechts, einschließlich des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechtsnormen, ist nicht optional, sondern unerlässlich.

Wir fordern Russland auf, seine Truppen unverzüglich abzuziehen und seine Attacken und gezielten Angriffe auf die Zivilbevölkerung und die zivile Infrastruktur einzustellen. Wir fordern Russland dringend auf, seine internationalen Verpflichtungen einzuhalten.

Der einzige Weg, diesen brutalen Krieg zu beenden, sind ehrliche und in gutem Glauben geführte diplomatische Bemühungen.

Wir bringen unsere uneingeschränkte und vorbehaltlose Unterstützung für die Ukraine und das ukrainische Volk zum Ausdruck.

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich ersuche höflich um Aufnahme meiner Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

1366. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1366, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KANADAS**

Herr Vorsitzender,

mit Worten lässt sich das Ausmaß unseres Entsetzens und unserer Abscheu über die gezielten Tötungen von Zivilistinnen und Zivilisten durch die russischen Streitkräfte in Butscha gar nicht ausdrücken.

Im Namen Kanadas spreche ich dem ukrainischen Volk mein tief empfundenenes Mitgefühl zu diesen unerträglichen Verlusten aus.

Das volle Ausmaß der russischen Gräueltaten, die in Butscha, Irpin und Motyschyn begangen wurden, wird nun immer deutlicher. Als ukrainische Sicherheitsdienste und die lokalen und internationalen Medien in die befreiten Gebiete vordringen konnten, wurde die ganze Welt der schrecklichen Folgen der russischen Besetzung gewahr.

Die Gräueltaten, die sich hier offenbarten, sind barbarisch und unmenschlich:

Die Erschießung unbewaffneter, unschuldiger Zivilistinnen und Zivilisten aus nächster Nähe in Butscha.

Herumliegende Leichenteile in den Straßen des postapokalyptischen Irpin.

Die Ermordung der Bürgermeisterin von Motyschyn, ihres Sohnes und ihres Ehemanns, während sie gefesselt waren und die Augen verbunden hatten.

Die Ermordung von älteren Menschen und Kindern.

Herr Vorsitzender,

bereits am 10. März aufgenommene Satellitenbilder von Butscha zeigten Hinweise auf mögliche Massengräber. Es waren lediglich Hinweise auf das wahre Ausmaß des Sterbens und der Zerstörung in diesen Gebieten. Gestern noch behauptete die Russische Föderation, dass im Zuge ihrer Besetzung „keine einzige Einwohnerin, kein einziger Einwohner Opfer von Gewalttaten geworden sei“. Das ist eine glatte Lüge.

Wir wissen bereits ohne jeden Zweifel, dass russische Soldaten beim Rückzug aus den Gebieten um Kyjiw Zivilistinnen und Zivilisten getötet haben, wobei bereits die Leichen von 450 Zivilpersonen identifiziert worden sind. Die russischen Streitkräfte haben bewiesen, dass sie unprofessionell und undiszipliniert sind, dass sie willens und dazu fähig sind, Gräueltaten zu begehen, die vermutlich als Kriegsverbrechen eingestuft werden. Diese fortgesetzten Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht zeigen, dass Russland es nicht schafft, seiner Rolle als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen gerecht zu werden. Das Ausmaß der Zerstörung, das wir alle gesehen haben, widerlegt eindeutig das falsche Narrativ Russlands, eine „militärische Spezialoperation“ zum Schutze der Menschen in der Ukraine durchzuführen.

Herr Vorsitzender,

seit dem 24. Februar und bereits davor haben wir in der Öffentlichkeit und in diesem Rat die beschämenden Versuche Russlands vernommen, sein Handeln zu rechtfertigen und rational zu erklären. Russland hat erneut versucht, eine Geschichte zu konstruieren, die die Geschehnisse von Butscha als „Fake News“ darstellt. Ohne jegliche Beweise zu haben. Trotz aller Berichte. All der Fotos. Trotz all der Augenzeugen, darunter viele internationale Medien, die sich nach der Befreiung nach Butscha begaben. Es war nicht zu leugnen, dass diese Menschen, die auf den Straßen und in ihren Häusern abgeschlachtet worden waren, schon seit einiger Zeit dort lagen. Die Satellitenaufnahmen der Jabluska-Straße sowohl vom 18. März als auch vom 31. März zeigten genau dieses Bild, mit denselben Leichen in derselben Stellung liegend.

Ich warne ausdrücklich davor, zu versuchen, die Schuld abzuschieben, oder so zu tun, als seien die Berichte „gefälscht“ oder heute hier im Rat zu Propagandazwecken vorgebracht worden. Die russische Delegation sollte ihre so verabscheuungswürdig formulierte „aktuelle Frage“ zurückziehen. Wir durchschauen natürlich, dass sie damit versuchen, etwas zu rechtfertigen, was niemals gerechtfertigt werden kann. Die Welt kennt die Wahrheit, und Russland wird mit dieser Schande leben müssen.

In unseren Herzen, unseren Gedanken und mit unserem Mitgefühl sind wir bei den Tausenden von Ukrainerinnen und Ukrainern, die in der vergangenen Woche und in den Wochen davor durch die russischen Invasoren Familienmitglieder und Angehörige verloren haben. Je länger der Konflikt andauert, desto mehr Ukrainerinnen und Ukrainer werden unnötigerweise unter diesen unprovokierten und ungerechtfertigten Gräueltaten leiden. Wir fordern eine bedingungslose Waffenruhe und den unverzüglichen Abzug aller russischen Truppen aus der Ukraine.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und ersuche darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

1366. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1366, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ITALIENS**

Herr Vorsitzender,

Italien schließt sich der Erklärung der Europäischen Union voll und ganz an, möchte jedoch in nationaler Eigenschaft einige Bemerkungen hinzufügen.

Die Bilder der Verbrechen, die in Butscha und in den anderen von der ukrainischen Armee befreiten Gebieten begangen wurden, sind bestürzend. Die Grausamkeit der Massaker an unbewaffneten Zivilistinnen und Zivilisten ist entsetzlich und unerträglich. Unsere Herzen sind von tiefster Trauer über diese unschuldigen Opfer eines ungerechtfertigten und nicht zu rechtfertigenden Konflikts erfüllt. Italien verurteilt diese Gräueltaten auf das Schärfste und bringt sein tief empfundenes Mitgefühl und seine uneingeschränkte Solidarität mit der Ukraine und ihren Bürgerinnen und Bürgern zum Ausdruck.

Wir fordern Russland erneut nachdrücklich auf, diesen Krieg unverzüglich zu beenden, die Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung einzustellen und seine Streitkräfte aus der Ukraine abzuziehen. Russland wird über seine Verstöße gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht Rechenschaft ablegen müssen.

Herr Vorsitzender,

Italien hat die auf internationaler Ebene verfolgten völkerrechtlichen Schritte zur Ermittlung und Bestrafung derjenigen, die für Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts verantwortlich sind, nachdrücklich unterstützt. Insbesondere haben wir die Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission durch den Menschenrechtsrat in Genf und die Einleitung eines Verfahrens wegen der in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen vor dem Internationalen Strafgerichtshof unterstützt. Wir arbeiten daran, dem Internationalen Strafgerichtshof alle Beweise zu liefern, die er benötigt, um die Verantwortlichen für diese abscheulichen Verbrechen, einschließlich derer, die in Butscha verübt wurden, zu bestrafen.

Auch die OSZE kann im Rahmen ihres Mandats und der bestehenden Mechanismen einen Beitrag zu den internationalen Bemühungen leisten, die Verantwortlichen für die im Zuge des Konflikts begangenen Verstöße und Übergriffe vor Gericht zu stellen.

Wir sind dem polnischen amtierenden Vorsitz dankbar dafür, dass er letzte Woche das erste Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension sowie heute diese Sondersitzung des Ständigen Rates einberufen hat, damit die Lage der Zivilbevölkerung in der Ukraine weiterhin hohe Aufmerksamkeit genießt.

Wir würdigen die kontinuierliche Arbeit des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), des Sekretariats und der anderen autonomen Institutionen zur Wahrung der gemeinsamen Verpflichtungen und Grundwerte der OSZE. Italien unterstützt insbesondere die Tätigkeiten zur Beobachtung von Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts in der Ukraine, die das ODIHR seit Tag eins des Konflikts entfaltet.

Wir erwarten in den nächsten Tagen die Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse der Expertinnen und Experten des Moskauer Mechanismus, der von 45 Teilnehmerstaaten, darunter auch Italien, aktiviert worden ist, und wir werden uns dafür einsetzen, dass angemessene Folgemaßnahmen gesetzt werden.

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich, diese Erklärung dem Journal dieser Sitzung als Anhang beizufügen. Danke.

1366. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1366, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION RUMÄNIENS**

Herr Vorsitzender,

ich möchte Ihnen dafür danken, dass Sie diese Sondersitzung des Ständigen Rates einberufen haben. Sie ist dringend nötig.

Rumänien schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an. Ich möchte als Vertreter meines Landes noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Dass Rumänien die militärische Aggression Russlands auf das Allerschärfste verurteilt, wurde schon mehrfach deutlich gemacht, ebenso wie seine Aufforderung an die Russische Föderation, diese Aggression unverzüglich und bedingungslos einzustellen und alle russischen Streitkräfte und sämtliche russische Ausrüstung aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine innerhalb seiner international anerkannten Grenzen abzuziehen.

Der russische Einmarsch in der Ukraine hat schreckliche, unsägliche Folgen und muss sofort beendet werden. Wir verurteilen die von russischen Truppen in Butscha und in anderen ukrainischen Orten und Städten verübten Gräueltaten auf das Schärfste. Diese Verbrechen sind unerträglich und inakzeptabel und sind Teil eines allgemeinen Verhaltensmusters der russischen Kräfte. In über einem Monat, den der russische Angriffskrieg nun schon dauert, haben wir ständige und vorsätzliche Angriffe auf die Zivilbevölkerung und die zivile Infrastruktur, darunter Krankenhäuser, Entbindungsstationen, Kindergärten, Schulen und Wohngegenden, erleben müssen. Wir erinnern Russland daran, dass die Zivilbevölkerung im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht vor den von Kriegshandlungen ausgehenden Gefahren geschützt werden muss, und wir beklagen den Verlust von Menschenleben und das menschliche Leid.

Darüber hinaus sind wir besorgt über die Berichte, dass Menschen zwangsumgesiedelt werden, Frauen Opfer von Vergewaltigung und anderen Formen geschlechtsspezifischer Gewalt werden und Personen als Geiseln genommen werden. Im Einklang mit den Genfer Konventionen von 1949 muss Russland Zivilpersonen, die das Gebiet verlassen wollen, eine sichere Durchfahrt ermöglichen und denjenigen, die humanitäre Hilfe leisten, sicheren und ungehinderten Zugang gewähren.

Diejenigen, die diese schweren Verletzungen des humanitären Rechts und diese Kriegsverbrechen begangen haben, müssen von der internationalen Gerichtsbarkeit zur Rechenschaft gezogen werden. Rumänien hat gemeinsam mit anderen gleichgesinnten Staaten die Situation in der Ukraine dem Internationalen Strafgerichtshof unterbreitet und diesen ersucht, die mutmaßlichen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Akte des Völkermords, die im aktuellen Kontext der russischen Aggression geschehen sind, zu untersuchen. Rumänien unterstützt auch die Bemühungen der im letzten Monat vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen eingerichteten Untersuchungskommission um die Dokumentation der Gräueltaten des von Russland geführten Krieges und die Sammlung diesbezüglicher Beweise sowie die ähnlich gelagerten Anstrengungen in der OSZE im Rahmen des Moskauer Mechanismus und über das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte. Wir sehen dem Bericht der Untersuchungsmission nach dem Moskauer Mechanismus als erstem unparteiischen Bericht zur Bewertung der Lage vor Ort erwartungsvoll entgegen. All diese Maßnahmen, die im Rahmen verschiedener internationaler Organisationen ergriffen worden sind, zeigen, dass die internationale Gemeinschaft geeint ist und die Russische Föderation für ihre Handlungen zur Rechenschaft gezogen werden wird.

Herr Vorsitzender,

die militärische Aggression Russlands hat massive und weitreichende Auswirkungen auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger und Einwohnerinnen und Einwohner der Ukraine, die sich zur Flucht gezwungen sehen, um außerhalb des Landes Schutz und Sicherheit zu suchen. Die rumänischen Behörden leisten gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor denjenigen, die über die Grenze nach Rumänien kommen und in unserem Land Zuflucht suchen, Soforthilfe.

In diesen tragischen Zeiten ist es wichtig, der Ukraine die nötige humanitäre Hilfe zu gewähren. Rumänien hat bereits auf bilateraler Ebene und über das Katastrophenschutzverfahren der Europäischen Union Hilfe geleistet und in der Nähe seiner Grenze mit der Ukraine eine internationale Drehscheibe für humanitäre Hilfe eingerichtet.

Herr Vorsitzender,

die verstörenden Bilder aus Butscha und anderen Städten in der Ukraine erinnern die ganze Welt daran, dass wir diese Aggression unverzüglich stoppen und die Ukraine weiterhin unterstützen müssen.

Wir stehen an der Seite der Ukraine.

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke.

1366. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1366, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION MOLDAUS**

Herr Vorsitzender,

die Republik Moldau hat sich der Erklärung der Delegation der Europäischen Union angeschlossen. In nationaler Eigenschaft möchte ich noch Folgendes hinzufügen.

Gemeinsam mit der ganzen Welt sind wir zutiefst erschüttert über die schrecklichen Bilder von getöteten Zivilistinnen und Zivilisten in Butscha und anderen befreiten ukrainischen Städten. Wir sind entsetzt über die Brutalität dieser Gräueltaten und über die zahlreichen Berichte über Massengräber.

Unschuldige Zivilistinnen und Zivilisten, darunter Kinder, ältere Menschen und Frauen, wurden getötet, einige mit auf dem Rücken gefesselten Händen.

Die Republik Moldau verurteilt diese unvorstellbaren Verbrechen gegen die Menschlichkeit – eine schreckliche Folge der unprovokierten und ungerechtfertigten Aggression Russlands gegen die Ukraine – auf das Schärfste. Diese Gräueltaten stellen schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht dar. Die Republik Moldau unterstützt deren gründliche Untersuchung. Alle, die an diesen Verbrechen beteiligt waren, müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Als Zeichen des tiefen Mitgefühls und der Solidarität mit dem ukrainischen Volk hat die Präsidentin der Republik Moldau Maia Sandu gestern per Sonderdekret für den 4. April eine Staatstrauer ausgerufen, um aller Opfer des Krieges zu gedenken, den die Russische Föderation gegen die Ukraine begonnen hat. In ihrer öffentlichen Erklärung wies die moldauische Präsidentin auch darauf hin, wie wichtig es sei, dass alle Bürgerinnen und Bürger Moldaus diese fürchterlichen Bilder sehen, insbesondere diejenigen, die den Krieg noch immer nicht verurteilen oder Rechtfertigungen dafür suchen. Moldau hat die Aggression der Russischen Föderation vom ersten Tag des Krieges an verurteilt und Russland aufgefordert, den Einsatz militärischer Gewalt unverzüglich einzustellen und sich auf Dialog und Diplomatie einzulassen.

Herr Vorsitzender,

wir sind erschüttert über die humanitäre Krise, die Millionen von Ukrainerinnen und Ukrainern gezwungen hat, aus ihren Heimstätten zu fliehen, um sich vor der militärischen Aggression in Sicherheit zu bringen. Die Republik Moldau wird den Flüchtlingen weiterhin jede erdenkliche Unterstützung zukommen lassen, und dies so lange, wie es nötig ist.

Abschließend möchte ich erneut die entschlossene und unerschütterliche Unterstützung der Republik Moldau für die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen bekräftigen.

Herr Vorsitzender, ich ersuche höflich darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

1366. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1366, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**

Herr Vorsitzender,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Deutschland schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollumfänglich an. In nationaler Eigenschaft möchte ich das Folgende ergänzen: Die furchtbaren Bilder der Gräueltaten an der Zivilbevölkerung in Butscha sind kaum zu ertragen. Dass nach dem Rückzug russischer Truppen Leichen von hunderten wehrlosen Zivilisten, darunter ganze Familien, gefunden wurden, zeigt die grauenvolle Wahrheit über Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine. Die Bilder zeugen von einer hemmungslosen Gewalt, die keine Grenzen kennt. Sie zeigen auf grausame Weise, dass die russischen Streitkräfte alle Achtung für die Regeln des humanitären Völkerrechts verloren haben und die fundamentalsten Menschenrechte mit Füßen treten.

Die schrecklichen Bilder aus Butscha reihen sich ein in eine Vielzahl gleichgelagerter Berichte über barbarische Angriffe auf die Zivilbevölkerung und auf zivile Objekte in der Ukraine.

Unsere Gedanken sind bei den zahllosen unschuldigen Opfern des brutalen russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und bei den Angehörigen der Opfer.

Wenn man sieht, wie gezielt zivile Infrastruktur bombardiert wird, wie ganz bewusst Bombardierungen von Krankenhäusern, von Theatern erfolgen, wenn man weiß, dass dort Zivilisten, Familien Schutz vor der gnadenlosen russischen Bombardierung gesucht haben, dann kann man das Vorgehen der russischen Streitkräfte nur als zynisch und menschenverachtend bewerten.

Es ist Aufgabe von Gerichten, darüber zu entscheiden, aber für mich sind dies klar und eindeutig Kriegsverbrechen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es gibt Berichte über gezielte Entführungen von Vertretern lokaler Verwaltungen durch russische Sicherheitskräfte; Entführungen von Journalisten oder von Menschen, die offen pro-ukrainische Positionen vertreten. Wir wissen, dass in großer Zahl ukrainische

Bewohner*innen aus von Russland kontrollierten Gebieten zwangsweise nach Russland oder in andere von Russland kontrollierte Gebiete gebracht wurden. Zwangsweise Umsiedlungen sind ein schwerer Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht.

Es ist jetzt essentiell, dass alle Menschenrechtsverstöße und Kriegsverbrechen sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit gründlich untersucht und dokumentiert werden und sich die Täter vor Gerichten verantworten müssen. Es ist richtig und wichtig, dass der Chefankläger des IStGH Ermittlungen aufgenommen hat zu den Vorwürfen schwerster Verletzungen des humanitären Völkerrechts durch Russland. Deutschland unterstützt diese Ermittlungen und wir werden alles dafür tun, dass die Verbrechen der Russischen Regierung und der russischen Streitkräfte in der Ukraine nicht ungesühnt bleiben.

Die furchtbaren Gräueltaten, die jetzt ans Licht kommen, sind nicht mit Worten zu fassen.

Außenministerin Baerbock hat vorgestern gefordert, dass alle Verantwortlichen für diese Verbrechen zur Verantwortung gezogen werden müssen. Dieser Forderung habe ich nichts hinzuzufügen.

Slava Ukraini!

Vielen Dank. Und ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

1366. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1366, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION JAPANS (KOOPERATIONSPARTNER)**

Danke, Herr Vorsitzender.

Russlands militärische Aktionen in der Ukraine verletzen eindeutig die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine, stellen einen schwerwiegenden Verstoß gegen das Völkerrecht dar, das die Anwendung von Gewalt verbietet, und sind eine gravierende Verletzung der Charta der Vereinten Nationen.

Jede einseitige gewaltsame Änderung des Status quo ist völlig inakzeptabel. Dies ist eine äußerst ernste Situation, die die internationale Ordnung nicht nur in Europa, sondern auch in Asien in ihren Grundfesten erschüttert.

Die ukrainische Regierung und verschiedene Medienberichte haben kürzlich aufgedeckt, dass in dem von den russischen Streitkräften besetzten Gebiet in der Nähe von Kyjiw Gräueltaten einschließlich der massenhaften Tötung unschuldiger Zivilistinnen und Zivilisten begangen wurden. Japan nimmt die Tatsache, dass durch die Handlungen der russischen Streitkräfte in der Ukraine eine große Anzahl von Zivilpersonen getötet wurde, äußerst ernst und ist über diese Enthüllung zutiefst erschüttert. Die Tötung unschuldiger Zivilistinnen und Zivilisten stellt eine schwerwiegende Verletzung des humanitären Völkerrechts dar und ist absolut inakzeptabel. Japan verurteilt dies aufs Schärfste.

Die Wahrheit über diese Gräueltaten muss zutage gefördert werden, und Russland muss strikte zur Rechenschaft gezogen werden. Japan hat mit der Begründung, dass allem Anschein nach Kriegsverbrechen begangen wurden, die Situation in der Ukraine dem Internationalen Strafgerichtshof unterbreitet und zählt darauf, dass im Zuge der gründlichen Untersuchung durch den Ankläger des Gerichtshofs Fortschritte erzielt werden.

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich bitte um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

Ich danke Ihnen nochmals.

1366. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1366, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

wir widersprechen den Einschätzungen des polnischen Vorsitzes zur Lage in der Stadt Butscha in der Region Kyjiw ganz entschieden. Sie beruhen einzig und allein auf der falschen Propaganda des Kyjiwer Regimes, die auch von einer Reihe von OSZE-Teilnehmerstaaten aufgegriffen wurde.

Wir erklären in aller Deutlichkeit, dass die von der ukrainischen Regierung veröffentlichten Fotos und Videoaufnahmen, die verschiedene angebliche „Verbrechen“ russischer Militärangehöriger in Butscha belegen sollen, eine inszenierte Provokation sind und nichts mit der Realität zu tun haben. Das Ziel ist offensichtlich: Die russischen Streitkräfte sollen schlechtgemacht werden, damit das Kyjiwer Regime seine praktischen Ziele auf der internationalen Bühne erreicht. Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba hat bereits offen über diese Ziele gesprochen: Die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Europa und Russland sollen gekappt und die Lieferung weiterer tödlicher Waffen an die Ukraine sichergestellt werden – kurz gesagt, die Beziehungen zwischen Russland und den europäischen Ländern sollen wieder einmal von zynisch in die Welt gesetzten Unwahrheiten in Geiselnhaft genommen werden.

Wir fordern Sie nun auf, Ihre Emotionen und Kurzschlussreaktionen beiseite zu lassen und die Fakten rational zu analysieren.

Diese Fakten sind folgende: Am Tag nach den russisch-ukrainischen Konsultationen am 29. März in Istanbul zogen sich die Truppenteile der russischen Streitkräfte aus Butscha zurück. Dies wurde am 30. März bei einer Unterrichtung des russischen Verteidigungsministeriums bekanntgegeben.¹ Der Bürgermeister von Butscha, Anatolij Fedoruk, kehrte einen Tag später zurück, nachdem er zuvor aus der Stadt geflohen war und deren Einwohnerinnen und Einwohner im Stich gelassen hatte. Vor dem Rathaus nahm er eine Videobotschaft² auf, in der er zwar erklärte, die gesamte Stadt inspiziert zu haben, aber nichts über irgendwelche Leichen auf den Straßen sagte. Er bestätigte auch, dass alle russischen

1 https://z.mil.ru/spec_mil_oper/news/more.hm?id=12415372

2 <https://t.me/vityzeva/52988>

Soldaten Butscha verlassen hatten. Am selben Tag besuchte Schan Belenjuk, Abgeordneter zur Werchowna Rada (dem ukrainischen Parlament), die Stadt und veröffentlichte Fotos von ihren Straßen auf seinen Social-Media-Seiten, ohne in seinen Kommentaren Leichen auf den Straßen zu erwähnen. Was ist also tatsächlich passiert?

Am 2. April veröffentlichte die Nationale Polizei der Ukraine auf ihrer offiziellen Website Videomaterial³, das zeigt, wie Spezialkräfte der ukrainischen Streitkräfte Butscha einnehmen. Auf dem Filmmaterial sind keine zivilen Opfer zu sehen. Es wurde hervorgehoben, dass bewaffnete ukrainische Formationen eine Säuberungsaktion eingeleitet hätten. In einem anderen Video, das von Serhij Korotkich, genannt „der Bootsmann“, dem Anführer der in die Stadt eingedrungenen Territorialverteidigungskräfte, veröffentlicht wurde, ist deutlich zu hören, wie sich die Mitglieder eines Territorialverteidigungsbataillons darüber beraten, ob sie auf Menschen schießen dürfen, die keine blauen Armbinden tragen, oder nicht. Es ist auch eine bejahende Antwort auf diese Frage zu hören, d. h. die Schießerlaubnis wurde gegeben. Korotkich entfernte das Video später, aber Kopien davon sind weiterhin öffentlich zugänglich.⁴

Es überrascht uns nicht, dass alle sogenannten Beweise für russische Kriegsverbrechen in Butscha einige Tage nach dieser Säuberungsaktion auftauchten, als Angehörige des ukrainischen Sicherheitsdienstes und Vertreterinnen und Vertreter des ukrainischen Fernsehens in der Stadt eintrafen. Es wurden auch ganz offenkundig arrangierte Berichte produziert. So strahlte der Fernsehsender Espresso TV zum Beispiel am 2. April um 19.03 Uhr einen Videobericht aus, in dem zu erkennen war, wie eine „Leiche“ sofort wieder aufstand, nachdem das Auto mit dem Kameramann an ihr vorbeigefahren war (im Rückspiegel des Autos zu erkennen).⁵ Da ist der ukrainischen Propaganda offenkundig eine gröbere Panne unterlaufen.

Andere inszenierte Videos zeigen Menschen, die angeblich „im Keller eines Hauses“ in Butscha erschossen wurden.⁶ Es werden mindestens vier Personen gezeigt, die dann angeblich im selben Keller durch einen Schuss in den Hinterkopf getötet wurden. Sie knien mit dem Gesicht zur Wand am Boden. Doch nirgendwo in ihrer Nähe sind Blutspuren zu sehen – weder an der Wand noch auf dem Boden. Wie ist das möglich? Auch hier handelt es sich um eine Fälschung für die ukrainische Propaganda.

Darüber hinaus gibt es Bilder von Menschen, die angeblich auf der Straße getötet oder gefoltert, entkleidet und in Brunnen versenkt wurden. Diese Fotos wurden vom ukrainischen Außenminister Kuleba veröffentlicht. Besonders auffällig ist, dass auf allen vom Kyjiwer Regime veröffentlichten Bildern die Leichen nach mehreren Tagen noch nicht erstarrt waren und keine charakteristischen Leichenflecken aufwiesen und dass die Wunden mit nicht geronnenem Blut gefüllt waren.

Zeitgleich erschienen in mehreren ausländischen Medien – vor allem in britischen und US-amerikanischen Publikationen – Artikel über Butscha, was auf den vorbereiteten, geplanten und koordinierten Charakter dieser Propagandaaktion hinweist. Außerdem gab es

3 <https://www.youtube.com/watch?v=Z7ylyNBMpQY> and https://t.me/UA_National_Police/2932

4 <https://t.me/vityzeva/53030>

5 https://youtu.be/Mx9JINu_H1Y

6 <https://t.me/sashakots/30762?single>

unmittelbar nach dem Abzug der russischen Truppen aus Butscha und dem Eintreffen bewaffneter ukrainischer Formationen vor Ort keine solchen Artikel.

Die mediale Provokation in Form eines inszenierten Massakers in Butscha, das angeblich vom russischen Militär verübt wurde, stellt eine unmittelbare Bedrohung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit dar. Wir möchten darauf hinweisen, dass die Russische Föderation nach dem Start einer koordinierten Medienkampagne in den westlichen Medien über das angebliche „Massaker in Butscha“ zweimal die Einberufung einer Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zur Lage an diesem Ort in der Region Kyjiw beantragt hat. Der russische Antrag wurde jedoch vom Vereinigten Königreich, das seit kurzem den Vorsitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen innehat, abgelehnt. Wovor hatte man Angst? Vor der Wahrheit und der Entlarvung der Videos als Fälschungen? Wir empfehlen übrigens die Lektüre des Inhalts der Pressekonferenz des Ständigen Vertreters der Russischen Föderation bei den Vereinten Nationen, Wassili Nebensja, am 4. April in New York – sie liefert Videobeweise für die Inszenierung dieser Informationsprovokation durch die ukrainische Regierung.

Einige wichtige Punkte verdienen besondere Beachtung. Während Butscha unter der Kontrolle der russischen Streitkräfte stand, war keine der Ortsausfahrten gesperrt. Allen Einwohnerinnen und Einwohnern stand es frei, die Ortschaft in nördlicher Richtung zu verlassen, auch in Richtung der Nachbarstaaten. Gleichzeitig nahmen bewaffnete ukrainische Formationen den südlichen Ortsrand, darunter Wohngebiete, Tag und Nacht mit großkalibriger Artillerie, Panzern und Mehrfachraketenwerfern unter Beschuss.

In der Zeit, in der Butscha von den russischen Streitkräften kontrolliert wurde, kam unter der örtlichen Bevölkerung keine einzige Person durch irgendwelche gewaltsamen Aktionen der russischen Streitkräfte zu Schaden. Im Gegenteil: Das russische Militär lieferte über 452 Tonnen humanitäre Hilfsgüter an Ortschaften in der Region Kyjiw und verteilte sie unter der Zivilbevölkerung. Die Einwohnerinnen und Einwohner konnte sich im Ort frei bewegen.

Ähnliche inszenierte Falschmeldungen über „russische Kriegsverbrechen“ finden sich übrigens auch in der Berichterstattung ukrainischer und westlicher Medien über die Lage in anderen Orten in der Region Kyjiw, aus denen sich die russischen Truppen zurückgezogen haben. Berichte über „Massengräber von hingerichteten Zivilistinnen und Zivilisten“ in den Orten Irpin und Borodjanka sowie in den Dörfern Motyschyn und Moschtschun folgten demselben Muster.

Diese Falschmeldungen stellen keineswegs den ersten Versuch der ukrainischen Propaganda dar, das Vorgehen des russischen Militärs zu verteufeln und den notwendigen emotionalen Hintergrund zu schaffen, damit antirussische politische Entscheidungen getroffen werden. Wir können nicht ausschließen, dass der Zweck dieser informationspolitischen Provokationen darin besteht, die diplomatischen Bemühungen Russlands im Rahmen des bilateralen Dialogs mit den Vertreterinnen und Vertretern der ukrainischen Regierung zu vereiteln zu versuchen.

Es sei hier nur an den angeblichen russischen Luftangriff auf eine Entbindungsklinik in Mariupol erinnert, von dem uns die Vertreterinnen und Vertreter der Ukraine und ihrer ausländischen Mentoren in diesem Saal am 10. März berichtet haben. Erinnern Sie sich noch

daran, wie die westliche Presse voll mit Fotos einer jungen Frau war, die sich in der Nähe dieser Entbindungsklinik aufgehalten hatte?

Neulich interviewten unabhängige Medien⁷ genau diese junge Frau – ihr Name ist Marianna Wyschemirskaja. Ihre Schilderungen bestätigen, dass die Darstellung der Vertreterinnen und Vertreter der Ukraine die typischen Merkmale einer gezielten informationspolitischen Provokation trägt. Laut den Angaben der jungen Frau gab es keinen Luftangriff auf die Entbindungsklinik, vielmehr hätten Mitglieder bewaffneter ukrainischer Formationen direkt in der Klinik eine Gefechtsstellung eingerichtet, den Großteil der Patientinnen hinausgeworfen und den verbleibenden das Essen weggenommen. Kaum hatte die junge Frau die Explosionen gehört, wartete direkt vor dem Gebäude auch schon ein Fotograf der Associated Press (Jewgenij Maloletka, wie sich später herausstellen sollte) auf sie. Zufall? Außerdem richtete die junge Frau einen offenen Appell an Präsident Wolodymyr Selenskyj, die ukrainischen Streitkräfte anzuweisen, keine Zivilpersonen mehr als menschliche Schutzschilde zu benutzen.

Übrigens trug auch Oleksij Arestowytsch, Berater des Leiters des ukrainischen Präsidialamtes, zur Verbreitung von Falschmeldungen über „Gräueltaten des russischen Militärs“ bei, als er ein Foto einer „gefolterten jungen Frau“ mit einem in ihren Rücken eingebrannten Hakenkreuz veröffentlichte. Allerdings stellte sich heraus, dass er ein Foto einer Einwohnerin von Mariupol verwendet hatte, das die Spuren der Folter zeigte, der die Frau auf einem Stützpunkt der bewaffneten ukrainischen Formationen im Keller eine Mariupoler Schule ausgesetzt worden war. Das Video der ermordeten Frau war bereits am 27. März vom US-amerikanischen Journalisten Patrick Lancaster auf dessen YouTube-Kanal veröffentlicht worden. Interessanterweise löschte Arestowytsch seinen Beitrag wieder, nachdem ihn sogar ukrainische Journalistinnen und Journalisten der Nachrichtenagentur UNIAN darauf hingewiesen hatten, entschuldigte sich jedoch nicht dafür, dass er Desinformation verbreitet hatte.

Ähnliche Falschmeldungen und Manipulationen haben wir im Laufe der Jahre auch in Syrien erlebt. Erinnern Sie sich an die Weißhelme, die fleißig von ausländischen Geldern profitierten, oder an die radikalen Fundamentalisten, die auch vor terroristischen Methoden nicht zurückschreckten und doch regelmäßig als „Kämpfer für Freiheit und Demokratie“ dargestellt wurden? Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass für all diese Informationskampagnen die gleichen Regisseure und Produzenten verantwortlich zeichnen.

Die zynischen und irreführenden Provokationen dienen skrupellosen Politikerinnen und Politikern in der Ukraine und in einer Reihe westlicher Länder vor allem dazu, Russophobie zu schüren. Die Methode ist nicht neu. Wir kennen sie aus der Geschichte. Denken wir etwa an die schlimmsten Beispiele für die Propaganda der Nazis – zum Beispiel die mit den gleichen Methoden verbreiteten Behauptungen über die „Vergewaltigung und massenhafte Ermordung“ von Zivilpersonen in Nemmersdorf am 21. Oktober 1944 oder in anderen von den Nazis befreiten Orten. Es ist hinlänglich bekannt, dass die falschen Anschuldigungen gegen sowjetische Soldaten der Nazi-Propaganda zur Mobilisierung gegen die „roten Bestien aus Russland“ dienten.

7 https://t.me/smotri_media/11188 or <https://youtu.be/UNVPBGyK mzE>

Im gleichen Geiste hören wir heute von Absichten, alles Russische zu vernichten. So erklärte der Bürgermeister von Dnipropetrowsk, Borys Filatow, am 3. April auf seiner offiziellen Social-Media-Seite, dass nunmehr „die Zeit der kalten Wut gekommen“ sei, und rief zur Tötung von Russinnen und Russen „überall auf der Welt, auf unbegrenzte Dauer und in größtmöglicher Zahl“ auf.

Wir stellen fest, dass Aufrufe zur Gewalt gegen ethnische Russinnen und Russen und russische Staatsangehörige, auch in landesweiten ukrainischen Fernsehkanälen, – einschließlich Versprechungen, alle russischen Kinder zu töten – in der OSZE nicht verurteilt werden, weder vom polnischen Vorsitz noch von den zuständigen Durchführungsorganen unserer Organisation.

Im Gegenteil, zusätzlich zur Weiterverbreitung von Falschmeldungen im Stil der Nazis für die ukrainische Propaganda beteiligen sich polnische Amtsträgerinnen und Amtsträger auch noch an russophoben Aktionen. Vor nicht allzu langer Zeit erklärte der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, Russophobie werde „in Europa zum Mainstream“, und neulich traf der stellvertretende polnische Ministerpräsident und Kulturminister Piotr Gliński die Aussage, dass „die russische Kultur aus dem öffentlichen Raum verschwinden sollte“. Wir bedauern, dass verantwortungsloses politisches Taktieren über den gesunden Menschenverstand gestellt wird und die faktenbasierte Analyse einem Wettbewerb in Russophobie weicht.

Um es klar zu sagen: Die Wahrheit über die Ereignisse in der Ukraine wird ans Licht kommen. Falschmeldungen werden als solche entlarvt werden. Die Gerechtigkeit wird mit Sicherheit siegen.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sondersitzung des Ständigen Rates als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.